

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1920)
Heft: 11

Artikel: Vom Völkerbund
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802193>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Friede

Monatsschrift für Friedens- u. Schiedsgerichtsbewegung

Offizielles Vereinsorgan der Schweizerischen Friedensgesellschaft

Abonnementspreis per Jahr: In- und Ausland Fr. 2, 50 (für Mitglieder und Nichtmitglieder); nicht bei der Post abonniert nach dem Ausland Fr. 3, 50 per Jahr. — **Inserate** per einspalt. 3,5 cm. breite Petitzeile 30 Cts., für Jahresaufträge nach Uebereinkunft. — Das Blatt erscheint am 20. jeden Monats. — **Redaktion:** Für das Zentralkomitee der Schweizerischen Friedensgesellschaft Dr. med. **Ludwig Reinhardt, Bern**, Eichmattweg 16. Redaktionelle Einsendungen sind an letztere Adresse zu richten.

Annoncen werden entgegengenommen von der **Buchdruckerei G. Krebs, Fischmarkt 1, Basel**, sowie von sämtlichen Annoncenbureaux.

Inhalt: Motto. — Die Quäker. — Die Schweiz und der Völkerbund. — Vom Völkerbund. — Eine eigenartige Forderung an den Völkerbund. — Von der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel. — Über die missliche Lage unserer Geschäftswelt. — Vom Bundesrat. — Von den Kriegsgefangenen der Mittelmächte. — Der 9. deutsche Pazifistenkongress. — Friedenspropaganda. — Bravo Amerika! — Hungersnot in China.

MOTTO: Nur durch Liebe und durch Liebesdienst, aber niemals durch den Krieg können Ewigkeitswerte für die Menschheit geschaffen werden.

Grundanschauung der vor ungefähr 250 Jahren in England gegründeten „Gemeinschaft von Menschenfreunden“ genannt „Quäker“, die in der Folgezeit besonders in den Vereinigten Staaten Nordamerikas grössere Bedeutung erlangte.

Die Quäker,

die sich selbst „eine Gemeinschaft von Menschenfreunden“ nennen, sind wirkliche Pazifisten. Niemand wollen sie mit dem Schwert durch die Welt ziehen. Aber sie stehen nicht tatenlos im Leben. Der Pazifismus der Quäker trägt einen durchaus aktiven Charakter. Im Kriege haben sie in ihrem Lande aus Gewissensgründen den Dienst verweigert. Dafür wollen sie ihrem eigenen Volke wie der ganzen Menschheit dienen und sich nützlich machen. So haben sie im grossen die Hilfe für die hungernden europäischen Kinder organisiert und speisen täglich gegen 4 Millionen unterernährte Kinder in den verschiedensten Ländern Europas. Gleich nach Waffenstillstand haben sie eine Abordnung von Frauen und Männern nach Deutschland gesandt, um auch dort ihr Liebeswerk in Angriff zu nehmen. Zur Zeit finden durch sie regelmässige Speisungen in 49 deutschen Städten statt, wo insgesamt 300,000 Kinder und Mütter täglich unentgeltlich eine einfache aber kräftige Mahlzeit aus in Amerika von ihnen zusammengesteuertem Geld gekauften Lebensmitteln erhalten, für die ein Betrag von meistens 25 Pfennig nur zur Deckung der Verteilungskosten entrichtet wird. Täglich dehnt sich ihr Liebeswerk weiter aus, und zwar über die mittel- und süddeutschen Städte, und in den Orten, in denen man mit den Speisungen begann, vergrössert sich die Zahl der zu Speisenden von Tag zu Tag. Die deutsche Quäkerkommission speiste Mitte Juli etwa 1 Million Kinder täglich. Jetzt sind es deren noch weit mehr. Dazu werden von ihr in steigendem Masse in den deutschen Universitätsstädten, vor allem in Berlin, auch arme Studenten ernährt, was sehr nötig und lobenswert ist. Jedenfalls bedeutet ihr Liebeswerk die wirkliche,

wahrhaftige Friedensarbeit, für die sie ihre Heimat verlassen. Eifern auch wir in unserem Teil dieser vorbildlichen Arbeit der „Gemeinschaft von Menschenfreunden“ nach. L. R.

Die Schweiz und der Völkerbund.

Unter „Politisches Departement“ wurde vom Bundesrat ein Kredit von Fr. 220 000, als Beitrag der Schweiz an die Kosten des Völkerbundes, verlangt und bewilligt. Diese Fr. 220 000 bedeuten nur die Kosten für die jetzt stattfindenden Konferenzen usw. Der Beitrag der Schweiz an die Vorarbeiten der Organisation der Völkerbundeinrichtungen beträgt 9740 Pfund Sterling = 243 500 Franken.

Als Delegierte der Schweiz an die nächste Versammlung des Völkerbundes in Genf wurden Bundespräsident Motta, Altbundesrat Ador von Genf und Ständerat Usteri von Zürich gewählt.

Vom Völkerbund.

Wenn man so in der Schweiz herumfrägt, wie man es jetzt mit dem Völkerbund hält, so bekommt man gewöhnlich die eine oder die andere Antwort: Könnten wir noch einmal stimmen, so würden wir, die wir dafür gestimmt haben, denselben jetzt verwerfen. Andere sagen: Es ist gut, dass man von demselben so wenig als möglich hört. Je weniger der Völkerbund tut, desto sicherer sind wir.

Man kann wohl sagen, dass das Interesse am Völkerbund, über dem sich vor wenigen Monaten bei uns ein rabiales Duell entwickelt hat, im Abnehmen begriffen ist. Und dass derselbe weniger Aussichten bei einer nachmaligen Abstimmung hätte, angenommen zu werden, als damals, hat seine guten Gründe.

Vorerst wird die Nachricht im Volke herumgeboten, dass die Herren, die an der Spitze dieses Bundes stehen, ganz fürstliche Gehälter beziehen, die eine für unsere Verhältnisse fabelhafte Höhe erreichen sollen. Es ist durchaus zu verlangen, dass darüber klare Rechenschaft gegeben wird, damit man

weiss, was wahr und was unwahr ist. Ebenso muss darüber Rechenschaft gegeben werden, wie hoch sich der Beitrag seitens der Eidgenossenschaft an die Kosten des Völkerbunds beläuft. Auch darüber herrscht grosse Unzufriedenheit, indem unser Volk sich sagt, und das mit Recht: Statt Hunderttausende zum Fenster hinauszuerwerfen, damit ein paar Herren auf weichen Klub-Sesseln sitzen, splendide Diners abhalten und über Dinge schwatzen, die sie nicht verstehen, oder in die andere sich nicht hineinreden lassen, hätte man diese Summen ganz anderswo gut gebrauchen können, jetzt, da ringsum die finanzielle Misere uns anstarrt.

Immerhin liessen sich diese Ausgaben noch tragen und rechtfertigen, wenn seitens des mit Viola, Bass und Geigen begrüßten Völkerbundes mannhafte Taten zur Hand genommen würden, denen man anmerken könnte, dass der Völkerbund kein totgeborenes Kind oder ein blöder Luxusartikel ist.

Also gerade da scheint es zu fehlen, wenn wir auch dem billig Rechnung tragen wollen, dass aller Anfang schwer ist.

Insonderheit sind es folgende Vorgänge, welche den Sympathien für den Völkerbund wesentlich Eintrag gemacht haben.

Vorerst tagt noch jetzt und wird vorderhand nicht von der Bildfläche verschwinden der „Oberste Rat“ in Versailles und Paris. Dieser kümmert sich keinen Pfifferling um den Rat des Völkerbundes. Diesem schiebt er aus Gnaden zu, was er selbst nicht brauchen kann und etwas Nebensächliches ist. Die Hauptfäden behält er in der Hand und tut, was er will. Solange dieser „Oberste Rat“ am Ruder ist, sind dem Völkerbund die Hände gebunden.

Aber noch andere Gründe haben mit Recht gerade bei uns das Vertrauen zum Völkerbund erschütterter, wenn es überhaupt jemals vorhanden gewesen ist.

Die Zonenfrage, die uns gezeigt hat, dass auch uns gegenüber Gewalt vor Recht geht, wenn auch noch jetzt einer gerechten Lösung der Frage Spielraum gegeben ist, wäre ein ganz scharmantem Traktandum für den Völkerbund gewesen. Dass diese Frage aber nicht vor den Völkerbund kam, zeigt das eine oder andere! Man will, wo die Gewalt ist, den Völkerbund nicht dreinreden lassen, oder zur Entscheidung in solchen Fragen hat der Völkerbund keine Kompetenz.

Was im weitem diesem Institut sofort das grösste Misstrauen entgegengebracht hat, das ist der Abschluss der französisch-belgischen Militär-Konvention, deren Spitze sich selbstverständlich gegen Deutschland richtet, vor dem, als dem sterbenden Löwen, man noch jetzt einen heiligen Respekt hat. Nun aber verbieten die Satzungen des Bundes ausdrücklich ihren Mitgliedern solche Bündnisse neben dem Völkerbund. Und das mit Recht. Gleichwohl haben jene beiden Staaten ein solches abgeschlossen

und sind doch beide Mitglieder des Völkerbundes! Diese Handlung wurde zwar mit allen möglichen und unmöglichen diplomatisch-jesuitischen Gründen gerechtfertigt trotz des klaren Wortlautes der Satzungen des Völkerbundes. Aber Eines ist klar: Wo die Macht vorhanden ist, und die Macht Vorteil bringt, behandelt man den Völkerbund als einen dummen Jungen und schiebt ihn ohne weitere Umstände auf die Seite. Es muss daraus der Schluss gezogen werden: Der Völkerbund hat nur soweit Macht, als sich seine Mitglieder demselben unterstellen wollen. Wollen sie dies nicht, wie dies in dem Abschluss jener Militär-Konvention der Fall ist, wer will sie dann zwingen, ihm zu gehorchen? Der Völkerbund ist somit von Anfang an ein ohnmächtiges Institut, ein Spielball der Grossmächte, die ihn bald als ihr Werkzeug brauchen, bald total desavouieren.

Nun schiebt man demselben wohl weniger wichtige Fragen in die Tasche, wie etwa diejenige der Aalands-Inseln. Aber wo bleibt die Lösung der grossen bewegenden Fragen, welche gegenwärtig die ganze Welt aufwühlen? An die russische Frage hat sich der Völkerbund nicht gewagt, so wenig als die Entente selbst. Dieser steht er rat- und tatlos gegenüber. Und das kann man nicht von ihm verlangen, dass er da vorgeht.

Wohl aber kann man dies von ihm verlangen, dass er endlich aufhört, nur ein Rumpf-Parlament sein zu wollen, welchem die wichtigsten Glieder der europäischen Menschheit fehlen. Und zu diesem gehört ohne Zweifel Deutschland. Immer und immer wieder geht die Tendenz des Völkerbundes dahin, dieses Volk vom Bund auszuschliessen. Und doch wäre gerade der Eintritt Deutschlands von entscheidender Bedeutung. Dort könnte es seine berechtigten Klagen vorbringen und zur Entscheidung vorlegen. Aber das scheuen gerade die leitenden Mächte, insonderheit Frankreich. Deshalb widersetzen sie sich dem Eintritt Deutschlands in den Bund mit aller Macht, so gering sie im übrigen selbst über den Bund denken und darüber spotten.

Folgender Vorfall ist für die ganz Sachlage sehr charakteristisch. Die skandinavischen Gruppen der Interparlamentarischen Union haben letzthin in Christiania Resolutionen angenommen, worunter in erster Linie das Postulat figurirt, dass sich alle zivilisierten Völkerschaften baldmöglichst dem Völkerbund anschliessen, und dass kein einziger Staat am Beitritt verhindert werde. Schweden ist noch weiter gegangen: Es hat angekündigt, dass es sich vom Völkerbund zurückziehen werde, wenn Deutschland noch längere Zeit ausgeschlossen bleibe. Was tut nun Frankreich? Diesem durchaus gerechtfertigten Begehren gegenüber lässt Frankreich erklären, dass es sofort aus dem Völkerbund austreten werde, wenn die Versammlung des Völkerbundes, die im kommenden November stattfinden soll, die Aufnahme

Deutschlands in den Völkerbund beschliesse, auch wenn die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Aufnahme Deutschlands zustande kommen sollte. Frankreich wolle zuerst greifbare Garantien in den Händen haben, dass Deutschland gewillt sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Worin diese Garantien bestehen, und ob sie überhaupt gegeben werden können angesichts der Deutschland gestellten Unmöglichkeiten, darüber sagt die französische Presse nichts. Sie will einfach nicht, dass Deutschland dem Bund beitreten kann; es würden dort Dinge aufgedeckt, die den Machthabern nichts weniger als angenehm wären.

Nimmt man noch hinzu, dass der Völkerbund in Amerika immer weniger Anhänger hat, besonders dann, wenn Harding als Präsident gewählt würde, so kommt man zum Schlusse: Der Völkerbund steht auf sehr schwachen Füßen. Und ob er je ins Mannesalter kommen wird, ist sehr unwahrscheinlich.

Emmentaler Nachrichten.

Eine eigenartige Forderung an den Völkerbund.

Welch unverantwortliches Schlemmerleben die angeblich zum „Wohle der Völker“ zu Beratungen zusammenkommenden Diplomaten führen, das sieht man wieder einmal — wenn man es nicht sonst wüsste — an der Forderung, die dem Völkerbund von der belgischen Regierung zugeht. Es handelt sich um eine Summe von 80 000 Franken zur Bezahlung der Zigarren, die von den verschiedenen Delegierten an der Konferenz geraucht und mitgenommen wurden. Wenn nur für das Rauchen so viel drauf ging, kann man sich die übrigen Kosten leicht vorstellen. Das geht ja in die Millionen. Dafür sollen auch wir als Völkerbundsgenossen mitbezahlen. Natürlich!

Die belgischen Behörden hatten zur Zeit die Sorge um alles, Hotels, Restaurants, Automobile, Wagen, Essen, Baden usw. übernommen. Nun ist der Völkerbund heute nicht reich genug, um alle Spesen decken zu können. Die Belgier ihrerseits sind aber durchaus nicht geneigt, darauf Rücksicht zu nehmen und behaupten, dass die Konferenz von Spa einen Teil der Operationen des Völkerbundes bilde. Das kann ja mit der Zeit ganz nett werden.

„Es ist schwer keine Satyre zu schreiben!“ möchten wir mit den alten Römern sagen. Diese trieben auch Politik, und zwar noch grosszügigere Politik als unsere heutigen, nur Unsinniges zustande bringenden Schwachköpfe am grünen Tisch, und machten dennoch keinen solchen Aufwand — wenn auch damals nur die Indianer Amerikas dem ekligen Laster des Rauchens frönten. Unsere Zeitgenossen sind wirklich unverbesserlich! Welcher zerstörende Wirbelsturm muss denn noch über uns kommen, bis wenigstens die geistigen Führer unseres zu

grundegerichteten Europa die flammenden Zeichen der Zeit zu deuten lernen und diesen Rücksicht tragen?
L. R.

Von der internationalen Finanz- konferenz in Brüssel.

Dort führte der deutsche Staatssekretär Bergmann über die deutsche Finanzlage aus: Die deutsche Schuld von drei Milliarden Mark im Jahre 1913 ist auf 240 Milliarden im Jahre 1920 gestiegen. Es müsse damit gerechnet werden, dass diese Schuld infolge der Fehlbeträge der Reichseisenbahnen und der Post weiter wächst. Die deutsche Regierung versuche, durch eine Steuerreform grössten Umfangs die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Mit dem für 1920 erwarteten Eingang von mehr als 37,5 Milliarden seien die Ausgaben des ordentlichen Budgets schon beinahe gedeckt. Grosse Schwierigkeiten ergeben sich indes aus den Verpflichtungen des Waffenstillstandes und des Friedensvertrages. Trotz der bestehenden unerfreulichen Verhältnisse hält Bergmann Deutschlands finanzielle Lage nicht für verzweifelt, aber Deutschland müsse wenigstens soweit gehoben werden, dass es am Weltverkehr wieder in aktiver Weise teilnehmen könne.

Die Ausführungen des deutschen Delegierten Bergmann wurden günstig aufgenommen. Der amerikanische Delegierte Proyen ergänzte seine Erklärungen dahin, Amerika werde Kapitalanlagen im Auslande vornehmen, wenn es sehe, dass in Europa weniger Rivalität herrsche. Die Sieger sollten den Besiegten helfen. Dies ist in der Tat eine sehr vernünftige Ansicht, welche unbedingt durchdringen sollte.
L. R.

Über die missliche Lage unserer Geschäftswelt

urteilt der Präsident der Basler Handelskammer, Herr Rudolf Sarasin-Vischer: Wie der Staat haben auch Handel und Industrie finanzielle Sorgen. Infolge der erhöhten Rohstoffpreise und anderer Faktoren ist eine rückläufige Konjunktur eingetreten. Für unsere Exportindustrien treten die Valutaverhältnisse, die Produktionskosten, die hohen Löhne und die Steuerbelastung in beängstigender Weise in Geltung. Dazu kommt, dass überall, nicht nur in der Schweiz, die Kaufkraft zurückgeht und der Warenhunger aufgehört hat. Grossen Lagerbeständen steht kleine Kauflust gegenüber. Vielfach sind Vermögen und Einkommen erheblich zurückgegangen. An den heutigen Verhältnissen gemessen, erscheinen uns die Sorgen während des Krieges eher klein. In Handel und Industrie wird es der Anspannung aller Kräfte bedürfen, um über die Schwierigkeiten hinwegzukommen.